

HESSEN WÄHLT NEU!

Politikwechsel in Hessen durchsetzen

Schwerpunktprogramm zur Landtagswahl am 18. Januar 2009

Ergänzung zum sozialdemokratischen Regierungsprogramm 2008 – 2013.



SPD-Landesverband Hessen

C 09 - 02438

Hessen wählt neu - Politikwechsel in Hessen durchsetzen

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

(Albert Einstein)

Einleitung

Der Maßstab unseres Handelns in den vergangenen Monaten waren unsere politischen Ziele und Inhalte, für die wir bei der Landtagswahl im Januar 2008 geworben haben und deren Umsetzung für uns zentrales Anliegen war und ist.

Nach einem aufregenden und belastenden Jahr, in dem es in Hessen nicht gelungen ist eine Regierung zu bilden, richtet die hessische SPD den Blick nach vorn. Die Fehler des letzten Jahres sind benannt und die Konsequenzen wurden gezogen. Und trotz des Scheiterns einer Regierungsbildung hat die hessische SPD eine vorzeigbare Bilanz.

Unser Regierungsprogramm, mit dem wir angetreten sind, galt im letzten Jahr und es ist weiterhin in seiner Gesamtheit die Basis auf der wir den Politikwechsel gestalten wollen. Die Menschen können sich darauf verlassen.

Wir haben für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. Wir haben aus der verkorksten Unterrichtsgarantie Plus eine verlässliche Schule gemacht und die Möglichkeit, Schülerbeförderungskosten zu erheben, beseitigt. Wir haben durch die Abschaffung der Richtwerte Schulstandorte im ländlichen Raum gesichert und wir haben den entwürdigenden Entlassungen über die Sommerferien von so genannten BAT-Lehrern und Lehrerinnen ein Ende bereitet. Wir haben im Koalitionsvertrag eine 105 Prozent Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern festgeschrieben und den Weg für kleine Klassen frei gemacht. Daran wollen wir anknüpfen. Wir wollen unser Haus der Bildung fertig bauen.

Wir haben für mehr „Gute Arbeit“ gesorgt. Wir haben der Gutsherrenpolitik und dem Tarifdiktat in Hessens Öffentlichem Dienst ein Ende bereitet und die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für Mindestlöhne und Regulierungen der Leiharbeit einzusetzen. Wir wollen das Land Hessen zum Vorbild für „Gute Arbeit“ machen.

Wir haben die Energiewende eingeleitet. Wir haben mit dem Beschluss zum Austritt aus der so genannten Internationalen Atomenergiekommission gezeigt, dass wir nicht bereit sind, ein Feigenblatt für den Betrieb von Atomkraftwerken zu legitimieren. Wir haben einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Erneuerbaren Energien vorbereitet und wir haben im Koalitionsvertrag gezeigt, dass wir die Energiewende umsetzen können. Wir wollen Hessen zum Vorreiter der Energiewende machen.

Roland Kochs Bilanz des letzten Jahres ist trotz geschäftsführender Regierung erschreckend: Er hat keine Initiativen ergriffen, die das Land wirklich weiter bringen. Im Gegenteil, er hat sogar versucht, Mehrheitsentscheidungen, wie bei der Abschaffung der Studiengebühren, zu sabotieren. Er hat sich auf seine alte Politik zurückgezogen. Kleine Reparaturen bei der Bildungspolitik machen ein Schulsystem der sozialen



Auslese, des G8-Schulstresses und das Arbeiten für Lehrerinnen und Lehrer nicht besser.

Koch und seine CDU haben – obwohl sie Fehler verbal eingeräumt haben – auch noch nach der Landtagswahl gegen die Abschaffung der Studiengebühren, gegen ein neues Schulgesetz, gegen den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien, gegen den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder und gegen die Übernahme von Einkommensverbesserung auch für Beamte gestimmt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Beamtinnen und Beamte, für die er im Öffentlichen Dienst Verantwortung trägt, sind Koch und seiner CDU in ihrem Programm keinen Satz wert.

Kochs Lernfähigkeit ist vorgetäuscht. Dies wird deutlich auch bei der Energiepolitik: Sein Festhalten am Atomstrom, an ineffizienten Großkraftwerken wie Staudinger, an der Macht der großen Energiemonopolisten und die Widerstände gegen den Einsatz erneuerbarer Energie sind der deutliche Beleg dafür. Es bleibt dabei: Roland Koch und die hessische CDU stehen für altes Denken, für alte Politik. Sie sind zur Erneuerung nicht fähig.

Die hessische SPD wird die Landtagswahl am 18. Januar zur Abstimmung über Hessens Zukunft machen. Zu einer Abstimmung über gerechte und bessere Bildung, über Studiengebühren, über ein neues soziales Netz, über eine Energiewende, die Arbeitsplätze schafft und sichere und bezahlbare Energieversorgung sichert, über eine Wirtschaftspolitik, die sich den Herausforderungen der Zeit, der ökologischen wie der ökonomischen Krise stellt und dabei Arbeitnehmerrechte sichert. Zur Wahl steht auf der einen Seite die Politik eines nur noch geschäftsführenden Ministerpräsidenten, der gegen Mindestlöhne und gegen Kündigungsschutz gekämpft hat. Der wie kaum ein anderer für Deregulierung und Marktadikalismus steht. Der die Selbstheilungskräfte des Marktes beschworen hat und jetzt nicht weiß, wie er die Trümmer einsammeln soll. Es steht eine neue Politik unter Führung von Thorsten Schäfer-Gümbel gegen die alte Politik von Roland Koch zur Wahl.

Zur Wahl steht die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel und mit einem Programm für die Zukunft:

1. Neue Bildung für Hessen

Bildung ist das kulturelle Recht eines jeden Menschen und der Schlüssel zu einem selbst bestimmten Leben. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland und damit auch Hessen darauf angewiesen, dass sich Kreativität und Vielfalt der hier lebenden Menschen entwickeln können. Bildung ist notwendige Voraussetzung zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und für die Chancen in der Arbeitswelt. Der Wohlstand unseres Landes basiert nicht darauf billiger, sondern besser, innovativer und kreativer zu sein. Roland Koch und die hessische CDU haben in den vergangenen zehn Jahren systematisch die individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen unserer Kinder vertan.

Bildung ist für die hessische SPD das wichtigste Thema. Hessen braucht eine neue Bildungspolitik – eine Bildungspolitik, die das Kind in den Mittelpunkt stellt.

Eine Politik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass jedes Kind individuell nach seinen Talenten und Fähigkeiten gefördert wird. Kein Kind wird zurückgelassen.

Frühkindliche Bildung

Bildungsgerechtigkeit beginnt bereits bei den Kleinsten. Deswegen wollen wir die frühkindliche Bildung stärken und die Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen mit den Schulen verbessern. Wir werden die Mittel für die Umsetzung des Erziehungs- und Bildungsplans zur Verfügung stellen.

Neue Schule

Um allen Kindern gerecht zu werden, brauchen wir kleine Klassen genauso wie echte Ganztagschulen. Wir wollen Sitzenbleiben und Querversetzen abschaffen. Eine Schule der Auslese gibt es mit uns nicht.

Wir wollen den G8-Schulstress beenden. Wir orientieren uns am Kind und ermöglichen eine flexible Schulzeitverkürzung. Wir fassen die ersten zwei Schuljahre zu einer flexiblen Eingangsstufe zusammen, die zwischen ein und drei Jahren durchlaufen werden kann. Darüber hinaus ermöglichen wir eine flexible Bewältigung der Oberstufenklassen im Kurssystem zwischen zwei und drei Jahren. In der Sekundarstufe II, in einer für die Kinder schwierigen Entwicklungsphase, werden wir Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern entlasten und mit der Abschaffung von G8 auch wieder Durchlässigkeit herstellen.

Wir wollen mehr Freiheit und Selbstbestimmung für unsere Schulen, nicht Bevormundung und Verwaltungswahn.

Wir brauchen mehr, nicht weniger Studierende

Mit uns werden Studiengebühren nicht wieder eingeführt. Die Türen der Hochschule müssen allen Menschen aus allen sozialen Schichten offen stehen. Leistung, nicht Herkunft, sollen über den Bildungsweg entscheiden. Wir wollen den Zugang zu Hochschulen weiter erleichtern und mehr Studienplätze schaffen. Im Vergleich mit anderen Industrieländern haben wir zu wenig Studierende. Wir brauchen aber viele kluge Köpfe, um unsere Gesellschaft und Wirtschaft weiter zu entwickeln und konkurrenzfähig zu sein – kulturell, in Forschung und Technik, bei Arbeitsinnovation, Wirtschaftsstärke und Dynamik. Wissenschaft ist ein wichtiger Motor für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und hat deshalb für uns einen hohen Stellenwert.

2. Hessen - Land der sozialen Gerechtigkeit

Eine soziale und gerechte Gesellschaft ist die Grundlage für Wohlstand und Fortschritt. In einer Gemeinschaft, die zusammen hält, in der stärkere Schultern mehr tragen als schwache und in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können und Integration statt Ausgrenzung zum gemeinschaftlichen Leitmotiv wird, gibt es die Mittel und Potentiale, die Zukunft friedlich und erfolgreich zu gestalten. In einem sozialen Hessen lebt es sich für alle besser.

Hessen vorn in der Frauenpolitik

Wir nehmen den Auftrag ernst, dass Frauen die gleichen Chancen in unserer Gesellschaft haben müssen wie Männer. Die hessische SPD will, dass die Frauenpolitik in Hessen endlich wieder den ihr gebührenden Stellenwert erhält. Die sozialdemokratische Frauenpolitik hat eine lange und stolze Tradition.

Dieser Tradition fühlt sich die hessische Sozialdemokratie verpflichtet. Wir wollen Hessen wieder zum frauenpolitischen Vorreiter machen und unser frauenpolitisches Aktionsprogramm endlich umsetzen. Wir treten dafür ein,

- die landesgesetzliche Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,
- eine landeseigene Antidiskriminierungsstelle mit Beirat,
- den Genderprozess auch in Hessen sicherzustellen,
- das Hessische Gleichberechtigungsgesetz neu zu novellieren,
- ein Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ aufzulegen,
- einen wirklichen frauenpolitischen Förderschwerpunkt im Hochschulbereich in Angriff zu nehmen,
- den Landesaktionsplan häusliche Gewalt weiter zu entwickeln,
- den Dialog zur Frauenförderung mit den Tarifparteien zu verstetigen,
- das Thema Arbeitsschutz unter Frauengesichtspunkten zu forcieren,
- das Thema Wiedereingliederungsprogramme für Frauen nach Familienphasen wieder aufzugreifen und
- einen mädchen- und frauenbezogenen Integrationsschwerpunkt zu verankern.

Die hessischen Fraueninteressen haben mehr als schöne Worte verdient.

Neue Unterstützung für Hessens Familien

Familie ist dort, wo mehrere Generationen zusammen leben. Noch immer ist es der Wunsch vieler junger Menschen zu heiraten und eine Familie zu gründen. Daneben gibt es aber viele andere Lebensformen von Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, von so genannten Patchwork-Familien bis zu generationenübergreifenden Wohngemeinschaften. Alles das ist Familie.

Familien brauchen heute mehr denn je eine verlässliche Unterstützung durch die Politik, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Dies gilt nicht nur für die Betreuung und Erziehung von Kindern, sondern auch für die Betreuung und Pflege älterer, behinderter oder chronisch kranker Menschen.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und zwar für Mütter und für Väter. Dafür brauchen wir mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, mehr Ganztagsplätze in Kindertagesstätten und echte Ganztagschulen.

Nur mit einem flächendeckenden Angebot, das den heutigen Ansprüchen an Bildung gerecht wird, können Eltern die Gewissheit haben, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind.

Auch in der Arbeitswelt müssen wir dafür sorgen, dass die Bedürfnisse von Eltern berücksichtigt werden. Mütter und Väter brauchen Flexibilität, damit sie Beruf und Familie besser verbinden können. Hier kann das Land mit gutem Beispiel vorangehen und Modelle entwickeln, die auch in der so genannten „freien Wirtschaft“ Nachahmer finden.

Die meisten Pflegebedürftigen werden nach wie vor von ihrer Familie betreut. Dabei sind gerade Frauen am meisten belastet und zwar oft gerade in einer Phase, in der sie nach der Kindererziehung glaubten, mehr Freiräume für die eigene berufliche Entwicklung zu haben. Deshalb ist auch auf diesem Gebiet viel zu tun, um Familien zu unterstützen und zu entlasten. Beruf und Pflege müssen ebenso miteinander verbunden werden können wie Beruf und Kindererziehung. Die von der SPD auf Bundesebene initiierte Freistellung für Pflege ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir werden im Landesdienst allen pflegenden Beschäftigten flexible Arbeitszeiten und Freistellung ermöglichen und so Vorbild für andere sein.

Gute Arbeit – Gute Löhne

In Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs trifft es besonders hart immer zuerst die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es sind schon jetzt zahlreiche Leiharbeiter, die als erstes ihren Arbeitsplatz verlieren. Ihnen könnten bald die Kollegen mit befristeten Arbeitsverhältnissen folgen, deren Verträge nicht verlängert werden. Die im Betrieb verbleibenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen sich Forderung nach Lohnverzicht ausgesetzt. Wirtschaftliche Krisen dürfen aber nicht dazu missbraucht werden, um Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verschlechtern. Die Erfahrung lehrt, dass diese dann meist in besseren Zeiten nicht wieder angeglichen werden. Darüber hinaus würden Lohnverzicht und Gehaltseinbußen auch zur Senkung der Binnennachfrage führen, was wiederum die Konjunkturkrise verschärfen würde.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen gerechte Löhne gezahlt werden. Denn Löhne sind immer auch ein Ausdruck der Anerkennung guter Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Politik kann und muss sich einer solchen Abwärtsspirale entgegen stellen. Gerade deshalb brauchen wir in schlechten Zeiten gute Arbeit.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch in Würde leben können. Wir wollen tarifvertragliche Lösungen. Deswegen fordern wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Damit ermöglichen wir branchenbezogene Mindestlöhne, etwa im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe vor allem aber auch bei der Leiharbeit. Für Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir eine untere Haltegrenze der Entlohnung. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Politik muss dann steuernd eingreifen, wenn dieses Prinzip mutwillig verletzt wird. Deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn.

Wir wollen die Leiharbeit auf ein Mindestmaß begrenzen. Das Instrument ist immer mehr missbraucht worden. Leiharbeit wird nicht in erster Linie zur Flexibilisierung, sondern zum Lohndumping genutzt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben oftmals hautnah, wie gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das führt zu einem enormen Druck auf die betroffenen Stammbeschafteten. Leiharbeit hat sich in den vergangenen Jahren von einem Instrument der Flexibilisierung für Betriebe zu einem Instrument der Lohnkostensenkung und zum Einfallstor für Lohndumping entwickelt. Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in einem Betrieb geben. Die maximale Verleihzeit von Leiharbeitern und der Anteil von Leiharbeitern an der Gesamtbelegschaft müssen gesetzlich begrenzt werden.

Das Land als Vorbild für „Gute Arbeit“

Das Land als Arbeitgeber muss bei seinen Beschäftigten mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist unserem Druck – auch aus dem letzten Landtagswahlkampf – zu verdanken, dass das CDU-Lohndiktat von einem Tarifvertrag abgelöst worden ist. Allerdings hat sich die geschäftsführende Landesregierung bis heute geweigert, den Landtagsbeschluss umzusetzen und wieder der Tarifgemeinschaft der Länder beizutreten. Wir werden dies tun.

Auch die Landespolitik hat direkte Gestaltungsmöglichkeiten: Wir wollen ein hessisches Tariftreuegesetz, das den Vorgaben der europäischen Ebene gerecht wird und dennoch dafür sorgt, dass kein Wettbewerb um den niedrigsten Lohn erfolgt. Unser Ziel ist es, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu koppeln.

Das soziale Netz neu knüpfen

Wir werden Menschen in Not und schwierigen Lebenslagen wieder die Hilfe zur Verfügung stellen, die sie benötigen. Wir werden Bürgerinnen und Bürger in ihrer Selbstbestimmung stärken mit dem Ziel, das Armutsrisiko zu mindern, Notlagen und Krisen besser zu meistern und Wege aus der Armut aufzuzeigen. Neben innovativen Projekten bauen wir auf existierende Partner und Strukturen, z.B. in den Kirchen und Sozialverbänden. Diejenigen, die anderen ehrenamtlich helfen, werden wir professionell unterstützen.

Kaum ein Sektor hat so unter der Koch-Regierung gelitten wie die soziale Infrastruktur. Mit der so genannten „Operation düstere Zukunft“ wurden die Landesmittel für viele Einrichtungen komplett gestrichen oder drastisch gekürzt. Viele Beratungsangebote – darunter viele für Familien, wie z.B. die Erziehungsberatung – mussten eingeschränkt werden. Wir wollen wieder ein festes Sozialbudget im Landeshaushalt, um damit die soziale Infrastruktur wieder aufzubauen. Das wird nicht leicht sein, weil viele Strukturen zerstört sind und die Haushaltslage mehr als desolat ist. Wir werden uns dennoch in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Sozialverbänden dieser schwierigen Aufgabe stellen.

3. Energiewende

Die Energiewende besteht für uns aus dem Dreiklang von Energieeffizienz, erneuerbarer Energien und moderner Kraftwerkstechnik.

Die Energiewende ist die größte wirtschaftliche Chance, die Hessen heute hat. In ihr schlummert das Potential von Milliarden-Investitionen und tausender neuer und sicherer Arbeitsplätze. Hessens Potentiale im Bereich der erneuerbaren Energie sind in den letzten 10 Jahren eklatant vernachlässigt worden. Trotz der Tatenlosigkeit der CDU-Landesregierung sind in diesem Cluster durch bundespolitische Impulse wie dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz bereits hunderte von neuen Arbeitsplätzen entstanden. Experten haben prognostiziert, dass allein in Nordhessen bis 2020 bis zu 20.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen werden. Wir haben eine widersprüchliche Ausgangssituation: Einerseits gibt es hessische Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien Weltmarktführer sind, andererseits ist Hessen bundesweites Schlusslicht bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Darüber hinaus ist die Hessische Landesregierung von ihrer Zielvorgabe aus dem Jahr 2003, den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung bis 2015 auf 15 Prozent zu steigern, noch immer meilenweit entfernt. Das werden wir ändern.

Statt öffentlichkeitswirksame aber inhaltsleere Gesprächszirkel zur Nachhaltigkeit abzuhalten, haben wir fertig ausgearbeitete, abgestimmte Konzepte und Gesetzesentwürfe zum Vorrang Erneuerbarer Energien in der Landes- und Regionalplanung, die wir umgehend in den neuen Landtag einbringen werden.

Unser Konzept der verstärkten dezentralen Energieproduktion fördert vor allem auch den Mittelstand. Jede Fotovoltaik, jede Solarthermieanlage, jedes Windrad und jedes Blockheizkraftwerk bringt mittelständischen Unternehmen neue Aufträge und den Kommunen neue Gewerbesteuererinnahmen. Den gleichen Effekt für Umwelt und Wirtschaft bringt das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes, welches wir mit landepolitischen Maßnahmen flankieren werden. Wir werden Hessen zum Vorzeigeland für Energieeinsparung machen und den Beweis antreten, dass die Stromerzeugungskapazitäten der beiden hessischen Atomreaktoren mittelfristig durch Strom aus Erneuerbaren Energien ersetzt werden können.

Wir stehen für den Ausstieg aus der Atomindustrie. Wir wollen, wie im Atomkonsens vereinbart, die Atomkraftwerke Biblis A und B vom vorgesehen Zeitpunkt stilllegen.

Mit der Stärkung der dezentralen Energieproduktion machen wir uns auch unabhängig von den vier großen Energiemonopolisten. Wir werden die Stadtwerke als Partner der erneuerbaren und dezentralen Energieproduktion stärken.

4. Neue Konjunktur für einen nachhaltigen Aufschwung

Die Weltwirtschaft leidet unter den Folgen der Finanzkrise. Als offene Volkswirtschaften sind auch die Bundesrepublik und Hessen in besonderer Weise betroffen. Erste Anzeichen der Wirtschaftskrise sind bereits spürbar; die Probleme in Sichtweite sind von erschreckendem Ausmaß. Nachdem Konservative, Liberale und Neoliberale über Jahre hinweg die Rolle des Staates als Wirtschaftsakteur negiert haben, ist angesichts der Krise seine Reputation auf dem Feld der Wirtschaft binnen Wochen wiederhergestellt worden. Der Staat muss zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger eine aktive Rolle bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise einnehmen.

Konjunkturimpuls durch geringeren Mehrwertsteuersatz auf klimaschonende Güter

Das erste Halbjahr 2009 wird konjunkturell eines der schwierigsten der letzten Jahrzehnte. Auslandsnachfrage und Investitionsgüternachfrage werden ihren steilen Sinkflug fortsetzen.

Um dies zumindest teilweise aufzufangen, muss temporär der private Konsum - der zunächst noch als relativ stabil erwartet wird - gestärkt werden. Dazu fordern wir, besonders energieeffiziente oder klimafreundliche langfristige Konsumgüter vorübergehend (2009 und 2010) in den verminderten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent zu überführen. Dies soll beispielsweise für Autos gelten, die bereits jetzt Grenzwerte von 150 g/km CO₂ für PKW und kleine Lieferwagen unterschreiten. Ferner für so genannte weiße Ware (z.B. Kühlschränke und Waschmaschinen), sofern die Energieeffizienz-Anforderungen der höchsten Klasse A+ übertroffen wird, sowie für Materialien zur thermischen Gebäudesanierung, Wärmepumpen, Wärmetauscher, Solaranlagen, Bauteile für Windkraftanlagen, Energiesparlampen etc.

Private Investitionen schützen – Wertschöpfungspotenziale erhalten

Ein wirksames Anti-Krisen-Programm kann jedoch nicht nur an der Nachfrageseite alleine ansetzen. Wichtig ist ein ausgewogener Politik-Mix. Auf der Investitionsseite wollen wir deshalb etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes als zusätzliche Investitionen auslösen. Dabei sollen lediglich Investitionen gefördert werden, die wegen der Finanzkrise und der Schrumpfung des Finanzsektors nicht zustande kommen, aber unter Normalbedingungen eigentlich rentabel sind wie z. B. Infrastruktur- und Energieeffizienzinvestitionen. Dabei soll die europäische Ebene 0,5 Prozent (65 Milliarden Euro), die nationale Ebene ein Prozent (25 Milliarden Euro) und die regionale Landesebene ebenfalls 0,5 Prozent (1,2 Milliarden Euro) schultern.

Die Investitionen gilt es 2009 und 2010 umzusetzen und ca. 4,3 Milliarden Euro nach Hessen zu holen oder hier zu veranlassen. Wir werden deshalb als SPD die richtigen nationalen und europäischen Programme nutzen und nach Hessen holen.

Eiliger Fall: Automobilindustrie

Hierbei gilt es, die grundsätzlich gut aufgestellten deutschen Töchter von US-Firmen und ihre Zulieferer soweit von den US-Müttern abzukoppeln, so dass diese die neuen Modellreihen für klimafreundliche Automobile entwickeln können und damit eine Zukunftsperspektive entwickeln, bevor sie im Sog der US-Entwicklung überhaupt zum Krisenfall werden.

Anders als einigen führenden CDU-Politikern sind uns die Opel-Arbeitsplätze nicht egal und wenn die Europäische Investitionsbank bereit ist, die Entwicklung neuer energiesparender Fahrzeuge mit Darlehen zu finanzieren, sind wir als SPD bereit, das noch mit – zu vergütenden – Landesbürgschaften für Rüsselsheim zu unterlegen, um das Volumen zu steigern, anstatt 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland aufs Spiel zu setzen. Wir begrüßen, dass mittlerweile auf Initiative der SPD die Bundeskanzlerin und Teile der CDU bereit sind, die Arbeitsplätze sichern zu helfen.

Wir wollen eine Milliarde Euro dieser Darlehen nach Hessen lenken. Von der Entwicklung klimaschonender Autos sollen auch VW in Baunatal mit den dort vorhandenen Produktionsstätten im Antriebsbereich und die vielen hessischen Zulieferer, wie u. a. der Conti-Konzern, profitieren.

Bürgschafts- und Kreditprogramm für KMU

Wir wollen die Möglichkeiten des hessischen Unternehmensstabilisierungsgesetzes nutzen, um nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch kleine und mittlerer Unternehmen (KMU) zu stützen. Voraussetzung für die Bürgschaft durch das Land Hessen ist allerdings der Nachweis einer finanzmarktkrisenbedingten Kreditklemme. Dies bedingt ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell und (ohne Finanzkrise) gesunde Rahmendaten. Zudem wollen wir die Kreditprogramme der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für Hessen bestmöglich nutzen.

Für eine konzertierte Aktion – Sparkassen und Volksbanken

Gemeinsam mit Sparkassen und Volksbanken wollen wir regionale Investitionsprogramme kleinteilig anstoßen. Die Finanzgruppen haben deutliche Einlagenzuwächse in der Finanzkrise zu verzeichnen, weil die Menschen mehr sparen und diesen Instituten vertrauen. Es geht dabei zuvorderst um Programme aus eigener Kraft dieser Institute in der jeweiligen Region. Wir werden diese Programme mit dem bereits an-

gesprochenen Gründungs- und Wachstumsprogramm verzahnen sowie die Refinanzierung von Betriebsmitteln erstmals ermöglichen (und dabei europäische Angebote nutzen). Abhängig von der Bereitschaft der Banksäule sind dort bis zu eine Milliarde Euro möglich. Die Erfahrung der Sparkassen und Volksbanken und ihre regionale Verantwortung müssen gestärkt werden. Gerade in der aktuellen Krise haben sie sich bewährt.

Öffentliche Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur vorziehen: Breitband, Straße und Schiene, Flughäfen, Telematik und Dorferneuerung

Für Hessen bedeutet ein solches Investitionsprogramm für eine zukunftsfähige Infrastruktur, dass insbesondere das Verkehrswege- und Datenleitungsnetz ausgebaut werden muss. Die Versorgung mit schnellem Breitbandinternet im ländlichen Raum – egal ob kabelgebunden oder über neue Funktechnologien (WiMax) - muss einen hohen Stellenwert bekommen. Hier hinkt Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich hinterher. Für die Wirtschaft der Zukunft ist die Versorgung mit ausreichend schnellen Internetanschlüssen ein wichtiger Standortfaktor. Nur so lassen sich auch innovative Wachstumspole im ländlichen Raum schaffen. Über die Förderung von Telearbeitsplätzen kann die Breitbandversorgung auch einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Wir werden auch das Dorferneuerungsprogramm zu neuer Stärke verhelfen. Das Dorferneuerungsprogramm sichert und schafft Arbeitsplätze und kann dem ländlichen Raum helfen, mit den Herausforderungen des demographischen Wandels besser umzugehen.

Wir wollen mit Hochdruck daran arbeiten, dass insbesondere die Lückenschlüsse im hessischen Autobahnnetz schnellstens umgesetzt werden. Insbesondere die Planungen der A49, A44 und A66 sind auf ihre Gerichtsfestigkeit zu überprüfen. Für den Bau hat der Bund umgehend die benötigten Finanzmittel bereitzustellen. Das Landesstraßenbauprogramm ist von derzeit 100 Mio. Euro auf 130 Mio. Euro anzuheben, um insbesondere den Sanierungsstau zu beseitigen. Auch Bund und Bahn müssen in Hessen in ein zukunftsfähiges Netz investieren. So ist die Strecke Fulda-Frankfurt als Schnellfahrstrecke auszubauen. Die ICE-Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar ist umgehend menschen- und umweltgerecht zu realisieren. Gleiches gilt für die Mitte-Deutschland-Schienenverbindung.

Der Ausbau des Frankfurter-Flughafens wird große Beschäftigungsimpulse auslösen, ohne dass dafür Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen. Das gilt nicht nur für die eigentliche Bauphase, sondern auch für den Betrieb des erweiterten Flughafens. Die hessische SPD stand und steht zum Ausbau des Frankfurter Flughafens unter den Bedingungen des Mediationsergebnisses, insbesondere dem Nachflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr und wird deshalb weiter für die Umsetzung des Nachtflugverbotes – so wie es Fraport als Betreiber beantragt hat – eintreten.

Der Ausbau von Kassel-Calden ist nach Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens sowie der abschließenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Angriff zu nehmen, weil es eine wichtige strukturpolitische Maßnahme ist, für die konzeptionell aber noch Fragen zu klären sind. Die SPD hat dazu Vorschläge unterbreitet.

Das Schwerpunktprogramm
„Hessen wählt neu – Politikwechsel in Hessen durchsetzen“
wurde verabschiedet vom SPD-Landesparteitag in Alsfeld am 13.12.2008 als Ergänzung
zum sozialdemokratischen Regierungsprogramm 2008 – 2013.

Das vollständige Regierungsprogramm ist abrufbar unter
www.spd-hessen.de > Hessenwahl 2009

Herausgeber:

SPD-Landesverband Hessen

V.i.s.d.P.: Norbert Schmitt (Generalsekretär)

Marktstraße 10
65183 Wiesbaden

Telefon: (0611) 999 77-0

Telefax: (0611) 999 77-11

E-Mail: Landesverband.Hessen@spd.de

Internet: www.spd-hessen.de